



DIE LINKE.

im Rat der Stadt Burgdorf

Michael Fleischmann
Ratsherr
Zilleweg 78
31303 Burgdorf
Tel. 05136 / 8 48 62
Mobil: 0171 / 19 16 790
www.die-linke-burgdorf.de

An
den Bürgermeister
den Ratsvorsitzenden
die Fraktionen

30. März 2012

Antrag gemäß Geschäftsordnung

In die Ratssitzung am 10. Mai 2012

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Stadt Burgdorf fordert den Bundestag auf, dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen.

Begründung:

Bundeskanzlerin Angela Merkel will mit ihrer Kürzungspolitik angeblich die Staatsschulden eindämmen. Das Ergebnis dieser Politik ist am krassesten in Südeuropa und vor allem in Griechenland zu sehen: Die Wirtschaft wird immer tiefer in die Krise geritten. Der Grund dafür: Fortwährender Sozialabbau oder gar Kürzungen bei Löhnen und Gehältern lassen die Binnennachfrage, den Stützpfeiler jeder Volkswirtschaft, einbrechen. Unternehmenspleiten und steigende Arbeitslosigkeit sind die Folge. Beides führt zu einbrechenden Steuereinnahmen. Dadurch wachsen die Staatsschulden, anstatt zu sinken, sodass weitere Kürzungen fällig werden – ein Teufelskreis. Diese verheerende Politik haben nun 25 der 27 EU-Regierungen im sogenannten Fiskalpakt für alle Ewigkeit festgeschrieben.

In allen EU-Ländern müssen wie üblich die sozial Schwachen, die Geringverdiener und zunehmend auch die Mittelschicht für die Sparpolitik bluten – und die Kürzungen werden noch heftiger ausfallen. Staaten dürfen laut Fiskalpakt künftig nicht mehr ausgeben als sie einnehmen, sonst drohen Sanktionen. Europaweit sollen „Schuldenbremsen“ die Neuverschuldung der Staaten angeblich auf Null drücken. Zusätzlich verpflichten sich die EU-Länder, Schulden abzubauen. Deutschland etwa muss 25 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr einsparen. Das ist mehr als der Bund für Hartz IV ausgibt. Steuererhöhungen für Reiche und Unternehmen sind laut Pakt nicht vorgesehen, weil das angeblich der Wettbewerbsfähigkeit schadet. Das ist grober Unfug und vor dem Hintergrund, dass Milliardäre und Millionäre auch im vergangenen Jahr ihr Vermögen weiter kräftig steigern konnten, ein Skandal.

Die Auswirkungen auf Burgdorf sind unübersehbar. Bund und Land werden ihre „Schuldenbremsen“ durch weitere Geldkürzungen auf die Kommunen abwälzen. Eine Sparpolitik mit Gebühren- und Steuer-Erhöhlungen bei weniger Service für die Burgdorferinnen und Burgdorfer, wie sie der Rat in seiner großen Mehrheit in den vergangenen Monaten praktiziert hat, wird dann nicht nur der Normalzustand werden. Die Kürzungen werden noch heftiger ausfallen und zunehmend soziale Einrichtungen und soziale Aufgaben der Stadt betreffen. Die Schließung des Lehrschiwimbeckens in der Südstadt war dann nur der Anfang.

Als völkerrechtlicher Vertrag lässt sich der Fiskalpakt kaum ändern. Ist die sogenannte Schuldenbremse erst in der Verfassung, können sie auch andere politische Mehrheiten kaum mehr rückgängig machen. Aber es gibt noch Hoffnung: Der Pakt braucht eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag. Die Bundestagsabgeordneten müssen den Pakt stoppen!